

Kapitalmarktunion | 23.04.2015 | Lesezeit 2 Min.

Brüssel will neue Regeln

Die EU-Kommission möchte, dass sich Unternehmen vermehrt über den Kapitalmarkt finanzieren – auch grenzüberschreitend. Dazu will sie neue Regeln einführen. Spekulative Anlageformen sollen angemessen reguliert werden.

Die EU-Kommission will bis 2019 einen grenzüberschreitenden Kapitalmarkt schaffen. Nach ihren Vorstellungen sollen insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen in Europa leichter Aktien, Anleihen und andere Anlageinstrumente an Investoren begeben können, um sich neue Finanzquellen zu erschließen.

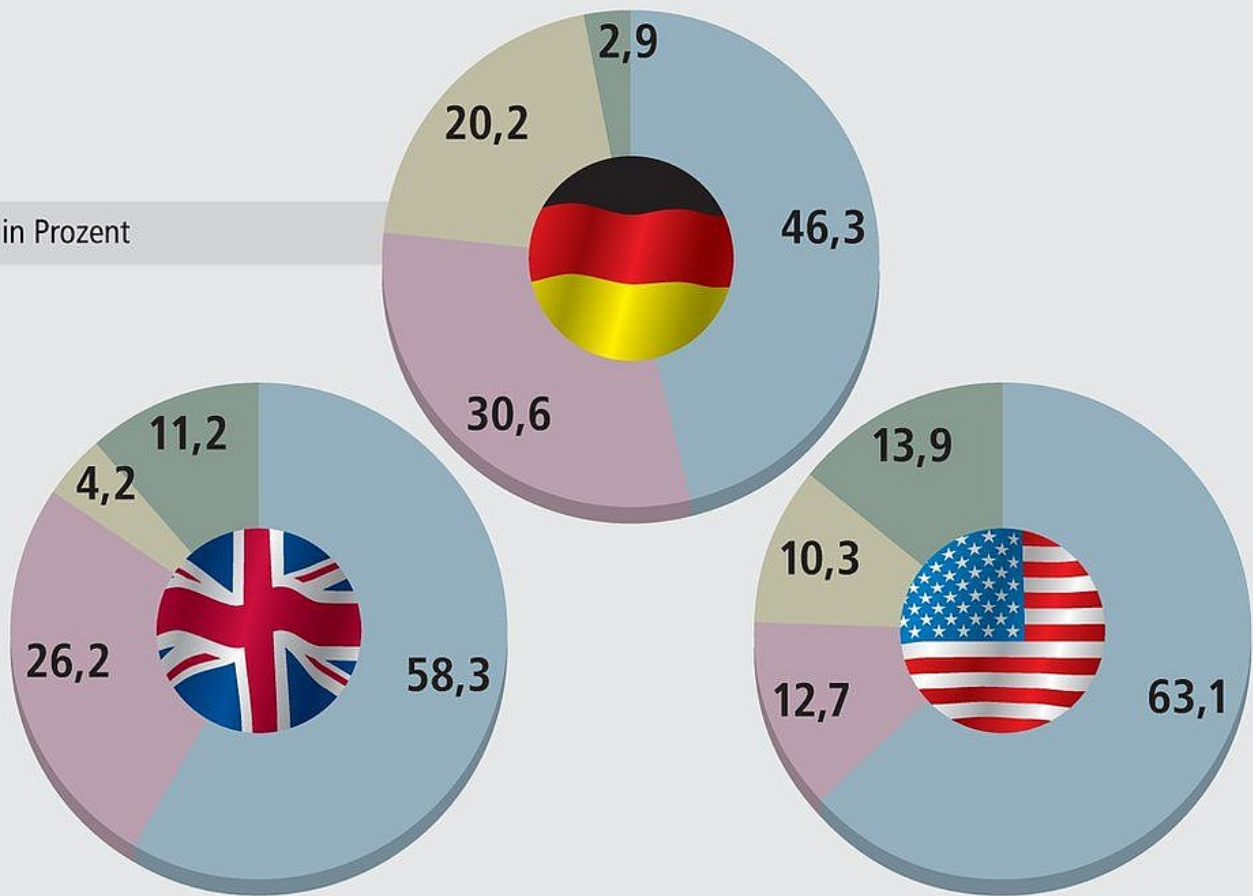
Denn der Kommission passt es nicht, dass in Europa die Unternehmen bei der Beschaffung von Fremdkapital nach wie vor zu sehr von Banken abhängig sind – vor allem auch in Deutschland (Grafik):

Jeden dritten Euro beschaffen sich die Unternehmen hierzulande über Kredite.

Wie sich Unternehmen finanzieren

- Aktien und weiteres Eigenkapital
- Kredite
- Lieferantenkredite und weitere Verbindlichkeiten
- Anleihen und Derivate

in Prozent



Stand: Deutschland Ende 2012, Vereinigtes Königreich und USA Ende 2013; ohne Banken, Versicherungen u. Ä.; Derivate: z. B. Papiere zur Absicherung gegen Wertverluste; Ursprungsdaten: OECD

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwv17

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband sieht im herkömmlichen Bankkredit eher eine Lösung als ein Problem. Weder das Emittieren von Anleihen noch komplexe, alternative Refinanzierungsmöglichkeiten könnten die Kreditklemme in verschiedenen EU-Ländern überbrücken. Vielmehr solle darüber nachgedacht werden, die lokale

Beziehung zwischen Banken sowie kleinen und mittleren Unternehmen in ganz Europa zu verwurzeln und das Vertrauen zwischen Unternehmern und Kreditinstituten zu stärken.

Auch vielen Unternehmern ist der Kapitalmarkt suspekt: Allenfalls große Firmen setzen vermehrt auf Unternehmensanleihen, der Mittelstand dagegen bleibt der Kreditfinanzierung treu.

Noch größer ist die Skepsis hierzulande gegenüber dem hybriden Kapitalmarkt. Dort werden Verbriefungen, Derivate - u. a. Papiere zur Absicherung gegen Wertverluste - und andere komplexe Finanzierungsinstrumente gehandelt.

Ein solcher - in der Finanzkrise in Verruf geratener - Risikokapitalmarkt ist in Deutschland praktisch nicht vorhanden. In den USA macht er jedoch einen Großteil der Fremdkapitalfinanzierung aus. Auf breite Zustimmung treffen die Pläne der Kommission deshalb nicht zuletzt bei angelsächsischen Investmentfonds, die sich auch in Kontinentaleuropa den Durchbruch ihres Geschäftsmodells versprechen.

Der Kommission ist klar, dass es Vorbehalte gegenüber den neuen Finanzierungswegen gibt und Risiken begrenzt werden müssen. Brüssel will deshalb nicht nur den Zugang für Unternehmen und Investoren zum Kapitalmarkt erleichtern, sondern auch europaweite Regeln für solche Geschäfte aufstellen:

- Angedacht ist etwa, für kleine und mittlere Unternehmen die Vorgaben für Prospekte zu lockern - das sind Informationen, die Unternehmen potenziellen Investoren zur Verfügung stellen müssen.
- Auf der anderen Seite will Brüssel riskante hybride Kapitalmarktprodukte, die auf den Markt kommen, durch konkrete Vorgaben angemessen regulieren.

Mittel- und langfristig will die Kommission auch den europäischen Rechtsrahmen in diesem Bereich vereinheitlichen, also das Insolvenz-, Wertpapier- und Steuerrecht.

Gelingt es Brüssel, den Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen und Mittelständler von den Vorteilen der Kapitalmarktfinanzierung zu überzeugen, dann könnten tatsächlich neue Mittel für Investitionen lockergemacht werden.

Kernaussagen in Kürze:

- Die EU-Kommission möchte, dass sich Unternehmen vermehrt über den Kapitalmarkt finanzieren.
- Spekulative Anlageformen sollen angemessen reguliert werden.
- In Europa sind die Unternehmen bei der Beschaffung von Fremdkapital nach wie vor zu sehr von den Banken abhängig.